

Beratendes Mitglied

Herr Dieter Rappenhöner	entschuldigt
Herr Torsten Roscher	entschuldigt
Herr Gerd Steffen	entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Frau Schramm	FGL Straßenverkehrsbehörde	alle TOP
Herr Ullmann	FGL Tiefbau	alle TOP
Herr Löffler	FGL Stadtplanung und Umwelt	TOP 2.1., 3.5.
Herr Brosig	FG Stadtplanung und Umwelt	TOP 3.8.
Frau Grimm	FG Stadtplanung und Umwelt	TOP 3.5.
Herr Merkel	FG Tiefbau	TOP 3.2., 3.3.
Herr Markert	Teamleiter GAV	TOP 3.1.
Herr Uebel	GAV/Energiemanagement	TOP 2.1.

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Herr Riedel, Freie Presse	öffentlicher Teil
Herr Piontkowski, Vogtlandanzeiger	öffentlicher Teil

Tagesordnung: öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 4. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 20.01.2020
- 1.3. Beantwortung von Anfragen
- 1.4. Informationen des Bürgermeisters
2. Information
- 2.1. Monitoring Energie- und Klimaschutzkonzept i. V. m. European Energy Award (EEA) sowie Kommunales Energiemanagement (KomEMS)
Drucksachennummer: 0136/2020
3. Vorberatung
- 3.1. Touristische Infrastruktur im Bereich Auenstraße und Neustadtplatz
Drucksachennummer: 0119/2020 (erneute Befassung gemäß § 20 SächsGemO)
- Antrag der CDU-Fraktion, Reg.-Nr. 60-19
- 3.2. 7. Änderung der Grünanlagen- und Gebührensatzung der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 0132/2020
- 3.3. Grünflächen- und Biodiversitätsstrategie der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 0133/2020
- 3.4. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Verbesserung der Attraktivität der Bahnhofstraße -,
Reg.-Nr. 79-19 - Stellungnahme der Verwaltung
- 3.5. Antrag der CDU-Fraktion - Aufhebung Baumschutzsatzung -,
Reg.-Nr. 50-19 - Stellungnahme der Verwaltung
- 3.6. Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Verlegung des Beginns der Mäharbeiten (Hauptblühzeit und Entwicklung von Insektenlarven) -,
Reg.-Nr. 84-20 - Stellungnahme der Verwaltung

- 3.7. Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Pflanzung von einheimischen Pflanzen zur Erhaltung der Artenvielfalt im Stadtgebiet -,
Reg.-Nr. 85-20 - Stellungnahme der Verwaltung
- 3.8. Antrag der CDU-Fraktion - Konzessionsvergabe des ÖPNV -,
Reg.-Nr. 91-20 - Stellungnahme der Verwaltung
- 4. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 6. öffentliche Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses wird durch den Vorsitzenden, Herrn Bürgermeister Zenner, i. V. von Herrn Bürgermeister Levente Sárközy durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Herr Bürgermeister Sárközy befindet sich derzeit zuhause in einer selbst auferlegten 14tägigen Quarantäne, da er sich unverschuldet urlaubsbedingt in einem Corona-Risikogebiet aufhielt. Es gibt aber keinen Grund zur Besorgnis.

Für die Mitunterzeichnung der Niederschrift über den öffentlichen Teil werden die Stadträte Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, und Bernd Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion., vorgeschlagen und bestätigt.

1.1. Tagesordnung

Herr Stadtrat Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bittet im Namen seiner Fraktion, den Antrag, **Reg.-Nr. 79-19**, von der heutigen Tagesordnung zu nehmen. Die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag sei nicht zielführend. Die Fraktion zeigt sich enttäuscht, dass ihrer Intension nicht gefolgt wurde.

Die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion zieht den Antrag zurück und wird diesen später erneut einreichen.

Aus persönlicher Sicht merkt Herr Stadtrat Stubenrauch an, dass die heutige Ausschusssitzung aufgrund der Corona-Krise nicht durchgeführt werden sollte, da sie nicht zwingend notwendig ist. Allerdings wird dies von Herrn Oberbürgermeister und einigen Fraktionen anders gesehen.

Plauen hat noch keinen nachgewiesenen Corona-Fall. Seitens der Regierung gibt es die Maßgabe der Vorsicht und gegenseitigen Rücksichtnahme. Dieses Prinzip sieht er heute verletzt, auch wenn der Veranstaltungsort Festhalle und damit eine großzügigere Sitzordnung gewählt wurde.

Herr Bürgermeister Zenner nimmt die Rücknahme des Antrages zur Kenntnis.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 4. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 20.01.2020

Herr Bürgermeister Zenner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 4. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 20.01.2020 fest.

1.3. Beantwortung von Anfragen

Es gibt keine offenen Anfragen.

1.4. Informationen des Bürgermeisters

Herr Bürgermeister Zenner erklärt, dass die Verwaltung lange abgewogen hat, ob weitere Sitzungen durchgeführt werden sollten. Mit der Entscheidung zum heutigen Prozedere (ausreichender Mindestabstand, gute Belüftung) wird der Empfehlung der Ministerien bezüglich der Sicherheitsvorkehrungen hinreichend Rechnung getragen. Stadtpolitik ist den Bürgerinnen und Bürgern sehr wichtig. Deshalb sollten hier alle notwendigen Entscheidungen getroffen werden, um die Zukunft unserer Stadt zu gewährleisten.

Weiter informiert Herr Bürgermeister Zenner über die finanzielle Zuwendung des Bundesinnenministeriums für den Ausbau und Verschönerung von Sportstätten in Höhe von 1,7 Mill. EUR.

Davon können zum einen die historischen Badkabinen aus den 20er Jahren im Freibad Haselbrunn, die nationale Bedeutung haben, saniert sowie eventuell eine Photovoltaikanlage installiert und/oder die Becken in Edelstahlausführung hergestellt werden.

Zum anderen ist geplant, auf dem Wacker-Sportplatz den Kunstrasenplatz mit einer Summe in Höhe von 75 bis 90 TEUR zu erneuern.

2. Information

2.1. Monitoring Energie- und Klimaschutzkonzept i. V. m. European Energy Award (EEA) sowie Kommunales Energiemanagement (KomEMS)

Drucksachenummer: 0136/2020

Herr Löffler, Fachgebietsleiter Stadtplanung und Umwelt, und Herr Uebel, Gebäude- und Anlagenverwaltung/Energiemanagement, stellen die Vorlage ausführlich anhand einer Präsentation vor.

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., fragt, wie es um die Energieumstellung der Straßenbeleuchtung auf LED steht.

Weiter möchte Herr Stadtrat Jäger wissen, ob die Erfahrungen des Energie-Teams auch für freie Träger bzw. andere Unternehmen der Stadt abrufbar sind.

Herr Löffler erläutert, dass vorerst nur defekte Straßenlampen in LED getauscht werden. Bei Straßenbaumaßnahmen wird die Straßenbeleuchtung sofort mit LED-Lampen ausgestattet.

Weiter teilt Herr Löffler mit, dass in regelmäßigen Abständen ämterübergreifend Erfahrungen ausgetauscht werden.

Herr Uebel ergänzt, dass alle Informationen, z. B. bei Baumaßnahmen bezüglich Erdwärme o. a., wie Anlagen verbessert und Nutzungsstrukturen verändert werden können, bereitgestellt werden, wenn Interesse besteht.

Herr Bürgermeister Zenner bestätigt, dass auch mit Einführung der Digitalisierung an den Schulen darauf geachtet wird, dass stromsparende Hardware-Produkte eingekauft werden.

Die Mitglieder des Stadtbau- und Umweltausschusses nehmen die Informationsvorlage, *Drucksachenummer: 0136/2020*, zur Kenntnis.

3. Vorberatung

3.1. Touristische Infrastruktur im Bereich Auenstraße und Neustadtplatz

*Drucksachenummer: 0119/2020 (erneute Befassung gemäß § 20 SächsGemO)
- Antrag der CDU-Fraktion, Reg.-Nr. 60-19*

Herr Bürgermeister Zenner erläutert, dass eine erneute Befassung notwendig ist, da es aufgrund § 20 Sächsische Gemeindeordnung zur Befangenheit des sachkundigen Einwohners, Herrn Felix Albert, kam.

Dazu wurde eine Stellungnahme des Bereichsjuristen eingefordert, der mitteilte, dass es aus juristischer Einschätzung zu einer Befangenheit kam.

Herr Bürgermeister Zenner bittet Herrn Albert, für die erneute Beschlussfassung im hinteren Bereich Platz zu nehmen.

Herr Stadtrat Eckardt, CDU-Fraktion, widerspricht dem, da § 11 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen vorsieht, dass nur Stadträte befangen sein können. In diesem Fall stünde die eigene Geschäftsordnung über dem Sächsischen Kommunalgesetz, weil es eine Ergänzung dazu ist.

Nach Rücksprache mit dem Landrat und Prüfung durch seine Behörde wird dies ebenfalls so gesehen. Die CDU-Fraktion wird sich jedoch einer nochmaligen Befassung im heutigen Stadtbau- und Umweltausschuss nicht entziehen, um die Thematik nicht weiter zu verschleppen.

Herr Bürgermeister Zenner erklärt, dass es zu keiner Verschleppung gekommen wäre. Herr Albert hätte die Gelegenheit bekommen, sich zu äußern. Herr Bürgermeister Zenner hätte dann die Nichtöffentlichkeit hergestellt und die Stadträte gebeten, über die Befangenheit des Herrn Albert zu befinden. Danach hätte die weitere Befassung des Tagesordnungspunktes im öffentlichen Teil stattgefunden.

Herr Stadtrat Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, möchte wissen, ob der Aufwand zur Erstellung eines Wortprotokolls durch die Verwaltung genauso betrieben worden wäre, wenn Herr Albert positiv über das Thema diskutiert hätte.

Herr Bürgermeister Zenner bittet um Verständnis, dass er diese Anfrage nicht selbst beantworten kann, da er die heutige Ausschusssitzung vertretungsweise leitet. Die Anfrage wird weitergeleitet.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, legt dar, dass der Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 90-20**, an den Wirtschaftsförderungsausschuss auch heute im Stadtbau- und Umweltausschuss behandelt werden soll.

Herr Stadtrat Schumann, AfD-Fraktion, präzisiert noch einmal den Vorschlag, der bereits im Wirtschaftsförderungsausschuss am 09.03.2020 durch ihn gestellt wurde. Es sollte geprüft werden, die öffentliche Toilette für den Neustadtplatz und die Toilette für den Caravan-Stellplatz zu einer Toilette zwischen Gerberstraße und Neustadtplatz zu vereinigen. Dies wäre aus seiner Sicht sinnvoll und kostensparend.

Herr Bürgermeister Zenner teilt mit, dass kein entsprechender Antrag der AfD-Fraktion vorliegt. Ihm ist nur der Antrag der CDU-Fraktion bekannt, der durch die Verwaltung auch beantwortet wurde.

Herr Stadtrat Eckardt stellt noch einmal den Antrag seiner Fraktion, **Reg. Nr. 90-20**, vor.

Herr Stadtrat Stubenrauch bittet, den Vorschlag von Herrn Stadtrat Schumann zu überdenken. Hier könnte ein Vorder- und ein Hintereingang möglich sein. Die Toilette selbst sollte sich in unmittelbarer Nähe des Caravan-Stellplatzes befinden.

Wenn man sich heute hierzu einigen könnte, wäre es endlich möglich, die Verwaltung zu beauftragen, mit der Arbeit zu beginnen, um die Fördergelder abzurufen und die Planung weiter voranzutreiben.

Herr Bürgermeister Zenner fasst zusammen, dass Einigkeit darüber besteht, dass sich der Standort der Toilettenanlage unmittelbar am Caravan-Stellplatz befinden soll. Noch nicht geklärt ist, ob die Ausgestaltung in Massiv- oder Containerbauweise und die Eingangssituation zweiseitig erfolgen soll.

Herr Markert, GAV, bestätigt, dass sich im Wirtschaftsförderungsausschuss am 09.03.2020 für den CDU-Antrag ausgesprochen wurde. Er schlägt vor, die Bauweise vorerst offenzuhalten, je nachdem, was am sinnvollsten und günstigsten erscheint. Dies hängt auch von den technischen Gegebenheiten vor Ort ab. Solche Gebäude unterliegen einem hohen Nutzungs- und auch Aggressionspotential und müssen vandalensicher errichtet werden.

Herr Bürgermeister Zenner fragt an, ob der Antragsteller den Antrag entsprechend ergänzt, d. h. die Errichtung der Toilette in Fertigteil- oder Massivbauweise erfolgen kann. Herr Stadtrat Eckardt erklärt sich im Namen seiner Fraktion damit einverstanden.

Herr Stadtrat Schumann wird aufgefordert, seinen Vorschlag über die Eingangssituation der Toilettenanlage noch einmal zu erläutern.

Herr Stadtrat Schumann legt dar, dass sich nach seiner Meinung die Toilette auf der Grünfläche zwischen Gerberstraße und Neustadtplatz befinden sollte und zwar so, dass zwei separate Zugänge, einmal zur öffentlichen Toilette vom Neustadtplatz aus begehbar und auf der anderen Seite vom Caravan-Stellplatz von der Gerberstraße aus und nur für dessen Nutzer vorhanden sein sollen. Ver- und Entsorgung sollte aber gebündelt sein. Detaillierte Möglichkeiten können noch festgelegt werden.

Diese mündliche Einbringung seines Vorschlages würde Herr Stadtrat Schumann vorziehen, ansonsten würde er dies noch schriftlich präzisieren.

Herr Bürgermeister Zenner verliest den neu zu fassenden Pkt. 3. des Beschlussvorschlages: „Die Verwaltung wird beauftragt, eine Vorplanung für eine konzentrierte Standortnutzung in Fertigteil- oder Massivbauweise, welche unmittelbar am Caravan-Stellplatz angeschlossen ist, zu erstellen. Diese soll sowohl öffentliche als auch Caravannutzung in getrennten Nutzungsbereichen ermöglichen.“

Herr Stadtrat Eckardt bittet, diesen Vorschlag als Pkt. 4. aufzunehmen, wenn dies wirklich gewollt ist. Er kann allerdings nicht dafürsprechen, dass die Toilettenanlage mit zwei Damen-, Herren- und Behindertentoiletten und einer Dusche für den Caravan-Stellplatz gebaut wird. Außerdem müssten dann Zugänge an allen vier Seiten vorhanden sein. Er befürwortet einen Eingang für die gesamte Anlage.

Herr Bürgermeister Zenner gibt zu bedenken, dass die Nutzer des Caravan-Stellplatzes Standgebühren bezahlen und sicherlich ein höheres Niveau als das einer öffentlichen Toilette erwarten. Zwei getrennte Bereiche wären hier durchaus sinnvoll.

Herr Bürgermeister Zenner erklärt sich bereit, dies als Pkt. 4. aufzunehmen und darüber abzustimmen. Zuvor muss sich über Pkt. 3. geeinigt werden. Dieser soll lauten:

„Die Verwaltung wird beauftragt, eine Vorplanung für eine konzentrierte Standortnutzung in Fertigteil- oder Massivbauweise, welche unmittelbar am geplanten Caravan-Stellplatz angeschlossen ist, zu erstellen, die Folgekosten der Betreibung zu ermitteln und die Ergebnisse dem Stadtrat im II. Quartal 2020 vorzulegen.“

Nun wäre ein Pkt. 4. auf Antrag der AfD-Fraktion über den Standort mit zwei getrennten Bereichen aufzunehmen.

Herr Stadtrat Schumann fasst seine vorangegangenen Ausführungen noch einmal zusammen.

Herr Stadtrat Stubenrauch fragt nach der Entfernung zwischen Caravan-Stellplatz und Toiletten.

Herr Stadtrat Schumann äußert, dass nur die Gerberstraße zu überqueren wäre. Dies ist ein zumutbarer Weg von ca. 20 m.

Herr Stadtrat Stubenrauch möchte wissen, ob das Grundstück angekauft wurde.

Herr Stadtrat Schumann ist der Annahme, dass sich diese Grünfläche in kommunalem Eigentum befindet.

Dies wird durch Herrn Ullmann, Fachgebietsleiter Tiefbau, bestätigt.

Herr Bürgermeister Zenner stellt klar, dass der Neustadtplatz, auch wenn er einer anderen Nutzung zugeführt wird, nicht noch eine Toilette erhält. Deshalb ist der Vorschlag durchaus diskutabel, dass die Verwaltung beauftragt wird, eine Multifunktionslösung mit konzentrierter Standortlösung zwischen Gerberstraße und Neustadtplatz mit zwei getrennten Nutzungsbereichen zu erstellen.

Herr Stadtrat Stubenrauch fragt, ob das Fachgebiet Tiefbau dies als machbar ansieht.

Herr Ullmann antwortet, dass der Standort der Toilettenanlage an der Gerberstraße dem ersten Vorschlag der Verwaltung entspricht. Die Errichtung einer Toilettenanlage an dieser Stelle wird als möglich angesehen.

Herr Bürgermeister Zenner schlägt folgende Formulierung für Pkt. 4. des Beschlusstextes vor:

„Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob diese Toilette als Multifunktionslösung mit einer konzentrierten Standortlösung errichtet werden kann, die mit zwei getrennten Bereichen für Caravan-Stellplatz und öffentlichen Nutzungsbereich inklusive getrennten Nutzungs- und Eingangsbereich ausgestattet ist.“

Außerdem informiert Herr Bürgermeister Zenner die Ausschussmitglieder noch darüber, dass bei seinem letzten Gespräch mit dem Geschäftsführer des Tourismusverbandes Vogtland, Herrn Kraus, dieser explizit darauf hinwies, dass ein qualifizierter Caravan-Stellplatz in den Statuten des Vogtlandkreises für Plauen festgeschrieben ist. Der Vogtlandkreis sichert deshalb der Stadt Plauen Unterstützung zu.

Herr Bürgermeister Zenner stellt die Verwaltungsvorlage, **Drucksachenummer 0119/2020**, mit geändertem Beschlusstext zur Abstimmung.

Die Ausschussmitglieder stimmen über den geänderten Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage, **Drucksachenummer, 0119/2020**, ab.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in der Auenstraße ca. 8 Standard-Reisemobilstellplätze gemäß der Definition des Deutschen Tourismusverbandes einschließlich eine Ver- und Entsorgungsstation für Reisemobile zu planen und für die Realisierung Fördermittel zu beantragen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Betreiberkonzept zur kostendeckenden Betreuung der Reisemobilstellplätze zu entwickeln und dieses dem Stadtrat im II. Quartal 2020 vorzulegen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, **eine Vorplanung** für eine Toilette in Fertigteil- **oder Massivbauweise, welche unmittelbar am geplanten Caravan-Stellplatz angeschlossen ist, zu erstellen**, die Folgekosten der Betreuung zu ermitteln und die Ergebnisse dem Stadtrat im II. Quartal 2020 vorzulegen.
4. **Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob diese Toilette als Multifunktionslösung mit einer konzentrierten Standortlösung errichtet werden kann, die mit zwei getrennten Bereichen für Caravan-Stellplatz und öffentlichen Nutzungsbereich inklusive getrennten Nutzungs- und Eingangsbereich ausgestattet ist.**

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, keine Stimmenthaltung

3.2. 7. Änderung der Grünanlagen- und Gebührensatzung der Stadt Plauen

Drucksachenummer: 0132/2020

Herr Merkel, Fachgebiet Tiefbau/Kommunales Grün, erläutert die Vorlage anhand einer Präsentation.

Er teilt mit, dass nur Flächenänderungen vorgenommen wurden, keine textlichen Veränderungen.

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., bezieht sich auf die Fläche am Neumarkt mit ca. 30 attraktiven Bäumen, die auf Antrag des Bauherrn, der dort tätig werden möchte, aus der Grünanlagensatzung herausgenommen wurde. Nun taucht die Fläche aber wieder auf.

Herr Stadtrat Jäger möchte wissen, ob das Bauvorhaben nicht stattfindet oder dies nur eine Änderung des Antragstellers ist.

Herr Ullmann, Fachgebietsleiter Tiefbau, erläutert, dass damals, um mit dem Investor verhandeln zu können, die Fläche herausgenommen wurde. Inzwischen gibt es Abstimmungen, dass die Fläche nach derzeitigem Stand nicht betroffen ist.

Herr Merkel ergänzt, dass dies eine sehr wertvolle Fläche in diesem Bereich ist.

Die Mitglieder des Stadtbau- und Umweltausschusses stimmen über die Verwaltungsvorlage, *Drucksachenummer 0132/2020*, ab.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Satzung zur 7. Änderung der Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grünanlagen der Stadt Plauen und die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Grünanlagen der Stadt Plauen (Grünanlagen- und Grünanlagegebührensatzung).

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, keine Stimmenthaltung

3.3. Grünflächen- und Biodiversitätsstrategie der Stadt Plauen

Drucksachenummer: 0133/2020

Herr Merkel, Fachgebiet Tiefbau/Kommunales Grün, stellt die Vorlage vor.

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., spricht allen Beteiligten der Lokalen Arbeitsgruppe „Stadtgrün naturnah“ für ihre Arbeit und ihr Engagement seinen Dank aus.

Herr Stadtrat Jäger möchte wissen, warum unter Pkt. 4.5. Stillgewässer die Badeteiche Waldfrieden nicht aufgeführt sind. Seines Wissens steht der untere Teich zur Regenerierung im HH-Plan.

Herr Stadtrat Eckardt, CDU-Fraktion, vermisst die Höhe der finanziellen Auswirkungen in der Vorlage, zumindest eine vage Schätzung.

Er bittet Herrn Merkel, die Präsentation den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Dies wird zugesagt.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, ergänzt, dass außer der Höhe der Kosten auch eine Aussage über den Zeitrahmen wichtig wäre.

Herr Merkel legt dar, dass die aufgeführten Maßnahmen in der Vorlage vorerst nur die Richtung vorgeben. Es liegen noch keine Kostenschätzungen vor, da erst eine Prüfung erfolgen muss, ob die Maßnahmen auch so möglich sind.

Der Zeithorizont soll dem des Stadtkonzeptes 2033 entsprechen. Es sollen wichtige Inhalte des Konzeptes in das Fachkonzept Umwelt einfließen.

Herr Ullmann, Fachgebietsleiter Tiefbau, erläutert, dass bewusst eine Vorlage erstellt wurde, die keine finanziellen Auswirkungen hat. Mit diesen konkreten Maßnahmen bewegt man sich im abgestimmten Rahmen der HH-Planung bis 2023. Weitere Maßnahmen werden sich in der HH-Planung der nächsten Jahre niederschlagen.

Herr Stadtrat Salzmann, CDU-Fraktion, merkt an, dass in der Vorlage die finanziellen Auswirkungen mit ‚ja‘ angekreuzt sind.

Herr Stadtrat Eckardt schlägt vor, da die Vorlage zunächst keine Kosten verursacht, die finanziellen Auswirkungen mit ‚nein‘ anzugeben.

Herr Bürgermeister Zenner gibt bekannt, dass die finanziellen Auswirkungen und die Folgekosten des Beschlusses mit ‚nein‘ bestimmt werden.

Es wird davon ausgegangen, dass, sobald größere Maßnahmen realisiert werden, die höhere Kosten verursachen, diese einzeln dargestellt werden.

Die Mitglieder des Stadtbau- und Umweltausschusses stimmen über die Verwaltungsvorlage, **Drucksachenummer 0133/2020**, ab.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die vorliegende Grünflächen- und Biodiversitätsstrategie.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, keine Stimmenthaltung

3.4. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Verbesserung der Attraktivität der Bahnhofstraße -, Reg.-Nr. 79-19 - Stellungnahme der Verwaltung

Der Antrag, **Reg.-Nr. 79-19**, wurde durch die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion zurückgezogen (siehe TOP 1.1. Tagesordnung).

3.5. Antrag der CDU-Fraktion - Aufhebung Baumschutzsatzung -, Reg.-Nr. 50-19 - Stellungnahme der Verwaltung

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, stellt den Antrag seiner Fraktion, **Reg. Nr. 50-19**, vor.

Herr Löffler, Fachgebietsleiter Stadtplanung und Umwelt, nimmt im Auftrag der Verwaltung dazu Stellung. Die Stadtverwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Herr Stadtrat Bittmann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, schließt sich der Meinung der Verwaltung an. Plauen hat einen wunderschönen Baumbestand, der es wert ist, ihn zu erhalten. Die Baumschutzsatzung der Stadt Plauen beinhaltet ein Verbot mit Erlaubnisvorbehalt.

Grundsätzlich ist das Fällen von Laubbäumen verboten, bei wichtigen Belangen kann ein entsprechender Antrag gestellt werden.

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., weist darauf hin, dass mehr Bäume gefällt als nachgepflanzt wurden. Dies sei ein schlechtes Zeichen. Baumschutz ist Klimaschutz und Klimaschutz bedeutet Menschenschutz. Mit der Verwaltungsvorlage „Grünflächen- und Biodiversitätsstrategie der Stadt Plauen“ wurde durch alle Fraktionen eine Bewusstseinsbildung für den Baumschutz zu entwickeln beschlossen.

Weiterhin verweist Herr Stadtrat Jäger auf den Koalitionsvertrag, der in Dresden geschlossen wurde. Hier wird formuliert, dass den Kommunen der Erlass von umfassenden Baumschutzsatzungen ermöglicht werden soll, damit diese die Interessen des Naturschutzes mit dem der Grundstückseigentümer in ein besseres Verhältnis bringen können. Dazu wird das Sächsische Naturschutzgesetz geändert. Die Genehmigungsfiktion für Fällanträge wird auf sechs Wochen erhöht.

Dies bedeutet, wenn in diesem Zeitraum keine Ablehnung erteilt wurde, ist die Genehmigung durch die Verwaltung ausgesprochen.

Dieser Koalitionsvertrag sollte durch die CDU-Fraktion zur Kenntnis genommen werden.

Herr Stadtrat Blechschmidt merkt an, dass die Stellungnahme der Verwaltung am Ziel vorbeigeht. Niemand möchte Bäume aus der Stadt entfernen, im Gegenteil, das Grün sollte überwiegen.

Die Intension ist, den Menschen die Möglichkeit zu geben, einen Baum auf ihrem Grundstück, der durch sie selbst gepflanzt wurde und sich im persönlichen Eigentum befindet, auch wieder entfernen zu dürfen, wenn dieser nicht mehr den Interessen des Grundstückes entspricht, Schäden am Eigentum verursacht oder krankt. Natürlich ist im Gegenzug neu zu pflanzen.

Anhand der durch die Verwaltung vorgelegten Zahlen ist ersichtlich, dass die Bürger größtenteils begründete Anträge stellen und sorgsam mit dem Thema umgehen. Dies wird sicherlich auch so bleiben, wenn es keine Baumschutzsatzung mehr gibt.

Herr Stadtrat Gerbeth, FDP-Fraktion, vermutet, dass ein Beschluss dieses Antrages nicht zu Baumfällungen in Größenordnungen führen wird. Die bürgerlichen Freiheitsrechte sollten ein hohes Gut sein.

Das Thema wird fraktionsintern noch bis zur Stadtratssitzung ausführlich besprochen.

Herr Bürgermeister Zenner erklärt noch einmal, dass dies für private und öffentliche Grundstücke gilt.

Frau Schubert, sachkundige Einwohnerin auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE., verweist darauf, dass diese 138 Laubbäume, die in den Jahren 2015 - 2019 keine Fällgenehmigung erhielten, quasi gerettet wurden. Ohne Baumschutzsatzung wären diese trotzdem gefällt worden. Allein für diese 138 Bäume lohnt es sich, diese Satzung zu erhalten.

Herr Stadtrat Bittmann erläutert noch, dass lt. Grundgesetz Eigentum verpflichtet. Die Baumschutzsatzung ist ein Verbot mit Erlaubnisvorbehalt. Jeder kann mit einem nachvollziehbaren Grund einen Antrag auf Baumfällung stellen.

Herr Stadtrat Bittmann weist Herrn Stadtrat Gerbeth darauf hin, dass dies ein falsch verstandener Eigentumsbegriff ist. Natürlich hat der Bürger die Freiheit, etwas zu tun, aber die Freiheit findet ihre Grenze im Allgemeinwohl.

Herr Bürgermeister Zenner stellt den Antrag, **Reg. Nr. 50-19**, zur Abstimmung. Er fragt den Antragsteller, ob das vorgeschlagene Datum 01.01.2020 zu streichen und durch „zum nächstmöglichen Zeitpunkt“ zu ersetzen ist. Der Antragsteller erklärt sich hiermit einverstanden.

Die Ausschussmitglieder stimmen über den CDU-Antrag, **Reg. Nr. 50-19**, ab.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Die Satzung zum Schutz des Gehölzbestandes in der Stadt Plauen (Baumschutzsatzung) wird mit Wirkung

zum *nächstmöglichen Zeitpunkt* ersatzlos aufgehoben.

Abstimmung: 4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

3.6. Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Verlegung des Beginns der Mäharbeiten (Hauptblühzeit und Entwicklung von Insektenlarven) -, Reg.-Nr. 84-20 - Stellungnahme der Verwaltung

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE, zieht im Namen seiner Fraktion den Antrag, **Reg. Nr. 84-20**, zurück, da ein Großteil in der Verwaltungsvorlage „Grünflächen- und Biodiversitätsstrategie der Stadt Plauen“, Drucksachenummer: 0133/2020, Berücksichtigung fand.

Die Fraktion DIE LINKE. wird allerdings diesbezüglich einen neuen, konkretisierten Antrag im Stadtrat einbringen.

3.7. Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Pflanzung von einheimischen Pflanzen zur Erhaltung der Artenvielfalt im Stadtgebiet -, Reg.-Nr. 85-20 - Stellungnahme der Verwaltung

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE, zieht im Namen seiner Fraktion den Antrag, **Reg. Nr. 85-20**, zurück, da dieser vollumfänglich in der Verwaltungsvorlage „Grünflächen- und Biodiversitätsstrategie der Stadt Plauen“, Drucksachenummer: 0133/2020, enthalten ist.

3.8. Antrag der CDU-Fraktion - Konzessionsvergabe des ÖPNV -, Reg.-Nr. 91-20 - Stellungnahme der Verwaltung

Herr Stadtrat Eckardt, CDU-Fraktion, stellt den Antrag, **Reg. Nr. 91-20**, vor.

Herr Brosig, Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, gibt vorab aktuelle Informationen über den ÖPNV bezüglich der Corona-Krise bekannt, die das gesamte Vogtland betreffen. Ab 18.03.2020 wird es Fahrplanänderungen dahingehend geben, dass alle öffentlichen Linien nur noch nach dem Ferienfahrplan verkehren. Die Schulbusfahrten entfallen, da derzeit kein Schulunterricht stattfindet. Die Ruf- und Plus-Busse fahren weiterhin im 1 Stunden-Takt. Aktuell arbeitet die Plauener Straßenbahn GmbH an einem Notfallfahrplan für die nächsten Wochen. Die Informationen dazu werden in der Presse und auf der Internetseite des Verkehrsverbundes Vogtland, www.vogtlandauskunft.de, bekanntgegeben.

Herr Brosig erläutert nun umfangreich die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der CDU-Fraktion.

Herr Stadtrat Gerbeth, FDP-Fraktion, merkt an, dass die Intension des Antrages der CDU-Fraktion in die richtige Richtung geht. Er stellt fest, dass, wenn der Umstieg von Individualverkehr auf ÖPNV gelingen soll, dies natürlich mit Kosten verbunden ist. Diese können durch die Stadt Plauen bzw. den Vogtlandkreis nicht allein aufgebracht werden, sondern das Thema muss von Land und Bund aufgegriffen werden.

Die Probleme eines Oberzentrums in der sächsischen Provinz sind allerdings noch nicht beim Entscheidungsträger angekommen. Hier muss ein Umdenken stattfinden.

Herr Bürgermeister Zenner informiert, dass die Digitalisierung in Bezug auf das autonome Fahren dann auch ein Thema wäre. Deshalb wurde dies in das 50 Mill.-Projekt mit aufgenommen, um den ländlich stark zerklüfteten Bereich der Stadt Plauen miteinander zu kombinieren und zu erschließen.

Herr Stadtrat Eckardt bedankt sich für die umfängliche Darstellung der Verwaltung. Hinsichtlich der aufgeführten Kosten für die Erschließung der Plauener Ortsteile mit einer Ringbuslinie in Höhe von 2 Mill. EUR/Jahr ist zu ermitteln, welche Einsparungen erfolgen können, z. B. wäre das Einsetzen von Kleinbussen, evtl. auch mit Elektroantrieb, denkbar. Herr Stadtrat Eckardt merkt an, dass beim ÖPNV ein Angebot geschaffen werden muss, damit die Menschen dies auch nutzen können und das Nutzungsverhalten entsprechend anpassen. So ist die Hemmschwelle der Bürger, besonders der älteren, in den Ortsteilen, telefonisch einen Rufbus zu beauftragen, doch sehr hoch. Auch die Effektivität der Rufbusse ist sicher noch verbesserungswürdig.

Herr Stadtrat Eckardt ist sich der Schwierigkeit der Problematik bewusst, vor allem in Bezug der enormen Kosten. Er bittet trotzdem um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion, so dass weiter an dem Thema gearbeitet werden kann.

Herr Bürgermeister Zenner stellt klar, dass bei einer Zustimmung auch die Plauener Straßenbahn GmbH gefährdet wäre.

Herr Brosig erläutert, dass auch eine Bereitstellung von Kleinbussen nichts an den wesentlichen Kostenfaktoren, hier: Lohnkosten des Personals, ändert. Hinsichtlich der Erreichbarkeit der Rufbusse soll zukünftig in den Nahverkehrsplan aufgenommen werden, dass auch die Bestellung eines Fahrzeuges über die Vogtland-App ermöglicht wird.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, fragt nach den Einnahmen, die gegengerechnet werden können.

Herr Brosig antwortet, dass abzüglich der Einnahmen noch mindestens 1,5 Mill. EUR Betriebskosten zu Buche schlagen.

Herr Bürgermeister Zenner stellt den CDU-Antrag, **Reg. Nr. 91-20**, zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wie im Zuge der Konzessionsvergabe des ÖPNV in der Stadt Plauen an die Plauener Straßenbahn GmbH eine bessere Anbindung der Ortsteile Großfriesen, Jößnitz, Kauschwitz, Meßbach, Neundorf, Oberlosa, Röttis, Steinsdorf, Stöckigt, Straßberg und Thiergarten sowie der Stadtteile Chrieschwitz (Bereich Marie-Curie-Straße), Haselbrunn (Nord), Ostvorstadt, Reißig und Westend-Siedlung möglich ist.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Berechnungen vorzulegen, welche Kosten entstehen würden, beispielsweise die bestehenden Straßenbahn-Netzspinne durch einen regelmäßigen verbindenden Kleinbus-shuttleverkehr zwischen den jeweiligen Straßenbahn-Endhaltestellen oder anderen sinnvollen Straßenbahnhaltestellen zu ergänzen.

Da Pkt. 2 durch die Verwaltung bereits erfüllt ist, kommt nur Pkt. 1 zur Abstimmung.

Die Ausschussmitglieder stimmen über **Pkt. 1** des CDU-Antrages, **Reg. Nr. 91-20**, ab.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Stimmenthaltungen

4. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., fragt, ob die Möglichkeit besteht, den Teil der Fassadenbegrünung an der Grundschule Am Wartberg im Rahmen der Sanierung zu erhalten bzw. diese an die Dr.-Chr.-Hufeland-Schule zu versetzen, die sich in unmittelbarer Nähe befindet.

Herr Bürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung durch die Gebäude- und Anlagenverwaltung zu.

Herr Stadtrat Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, möchte wissen, ob es bereits Ideen zur eingelagerten Werbeschrift des VEB Plauener Spitze gibt und mit welchen Unternehmen sich die Verwaltung eventuell diesbezüglich in Verbindung gesetzt hat. Es sollte eine Information in der nächsten Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses erfolgen.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Bürgermeister

Bernd Stubenrauch
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Angela Gebhardt
Schriftführerin

Dieter Blechschmidt
Stadtrat